

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Gremium:	<b>36. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	<b>26.06.2012 1098 7 öffentlich Dez. 3</b>
<b>Jugendhilfeplanung: Ausbau Plätze für Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen - Fortschreibung-</b>		

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Jugendhilfeausschuss	20.06.2012	1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Gemeinderat	26.06.2012	7	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss**

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, die weiteren Projekte im Rahmen der „Ergänzungsliste“ in die Bedarfsplanung aufzunehmen und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Fortschreibung des Ausbaustands (Gesamtkapazität bis Ende 2013 voraussichtlich Plätze 2.759 = 36,9 % Bedarfsdeckung) wird zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Einsparungen freie Träger im Jahr 2012: 382.385,00 €					
Die Einsparungen im Jahr 2012 aufgrund von Projektverzögerungen bzw. -ausfällen werden bei Produktgruppe 1.500.36.50 (Plankonto 43000000) ausgewiesen. Haushaltsmittel für die Projekte 2013 müssen im Rahmen der Planungen für den Doppelhaushalt 2013/14 bereitgestellt werden.					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Miteinander		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

## 1. Aktueller Ausbaustand „Plätze für Kinder unter drei Jahren“

Aktuell haben Kinder ab dem 3. Geburtstag einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Einrichtung. Ab August 2013 wird es einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem 1. Lebensjahr und darunter geben. Um diesen Rechtsanspruch erfüllen zu können, hat der Gemeinderat 2008 ein Ausbauprogramm beschlossen, mit dem die Anfang 2008 vorhandene Platzkapazität für Kinder unter drei Jahren von 1.195 Plätzen bis 2013 auf 2.595 Plätzen erhöht werden sollte. Dies entspricht der auch bundesweit angestrebten Quote von 35 % an Plätzen für Kinder unter drei Jahren.

Einige Vorhaben der Projektliste, für die Mittel im Haushalt 2011/12 eingestellt wurden, haben sich verzögert oder können nicht umgesetzt werden. Der Gemeinderat hat deshalb, nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, weitere Projekte im Rahmen von Nachrückerlisten in die Bedarfsplanung aufgenommen. Wie aus der Anlage ersichtlich ist, haben sich inzwischen weitere Projekte verzögert und gehen erst 2013 in Betrieb.

### Aktuelle Situation und Ausbaustand bis 2012

<b>Kinder 0 bis 3 Jahre (Stand 31.12.2011)*</b>	<b>7.474 Kinder</b>
<b>vorh. Kapazität in Tageseinrichtungen (Stand 01.01.2012)</b>	<b>1.736 Plätze</b>
1. Neuschaffung und Umwandlung (genehmigt vom Gemeinderat am 25.01.2011, 13.12.2011 und 28.02.2012) einschl. Eröffnungen sowie Umwandlungen in bestehenden Einrichtungen bis Ende 2012	+272 Plätze
<b>Voraussichtlicher Stand Ende 2012</b>	<b>2.008 Plätze</b>
2. + Kinder in Tagespflege (Belegte Plätze Stand 01.01.2012)	+333 Plätze
3. + Kinder in betreuten Spielgruppen (3 Gruppen)**	+30 Plätze
<b>Gesamtkapazität bis Ende 2012</b>	<b>2.371 Plätze</b>
<b>Versorgungsquote</b>	<b>31,7 %</b>
3. Projekte (2) Umsetzung noch offen	15 Plätze
4. Projekte (21) Fertigstellung bis Ende 2013	373 Plätze
<b>Voraussichtlicher Stand 2013</b>	<b>2.759 Plätze</b>
<b>Versorgungsquote bis Ende 2013</b>	<b>36,9 %</b>

\*Quelle: Bevölkerungsdaten, Amt für Stadtentwicklung

\*\* Angebot an drei Tagen mit wöchentlich 15 Stunden, Betriebserlaubnis erforderlich, Finanzierung über FAG-Zuweisungen

Ein Teil der Projekte der so genannten „Ergänzungslisten“ wurde im Vorgriff auf den Ausbau 2013 in die Bedarfsplanung aufgenommen. Eine Auszahlung der Baukostenzuschussmittel für diese Projekte erfolgt 2013. Da ein Antrag auf Bundesinvestitionszuschuss vor Baubeginn erfolgen muss und das Bundesprogramm Ende 2013 ausläuft, wurde mit diesem Vorgehen ein Ausbau für 2013 sichergestellt.

Unternehmen sind im Rahmen einer familienbewussten Personalpolitik weiterhin an Belegplätzen in Einrichtungen interessiert. Der Beschluss des Gemeinderats, Betriebskindertageseinrichtungen zu fördern analog den Einrichtungen der freien und konfessionellen Träger, kam dieser Entwicklung entgegen. Belegplätze und Plätze in Betriebskindertagesstätten sind deshalb auch durch auswärtige Kinder (2011 waren es 147 Kinder unter drei Jahren) belegt. Dem muss der weitere Ausbau Rechnung tragen.

Nach aktuellen Erhebungen des Städtetags wird von einem Bedarf von bis zu 50 % der Kinder unter drei Jahren in prosperierenden Wirtschaftsregionen und Universitätsstädten ausgegangen. Auch auf Bundesebene wird inzwischen von einer 39%-Quote gesprochen, nachdem neue Befragungsergebnisse des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut und der Forschungsstelle Universität Dortmund vorliegen. Mit diesem Forschungsverbund führen 15 Städte eine Befragung durch, an der sich auch die Stadt Karlsruhe beteiligt. Welches Angebot dem Bedarf der Karlsruher Eltern entspricht und wie ein Ausbau über 2013 hinaus erfolgen muss, darüber soll diese Befragung aller Eltern mit Kindern unter drei Jahre Aufschluss geben. Die Ergebnisse der Vollerhebung, durchgeführt vom Amt für Stadtentwicklung - in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut und der Forschungsstelle Uni Dortmund - werden gesamtstädtisch und stadtteil-spezifisch ausgewertet und liegen im September 2012 vor.

## **2. Weiterer Ausbaubedarf und Aufnahme neuer Projekte**

Der Gemeinderat hat im Rahmen des Doppelhaushalts beschlossen, dass mit dem weiteren Ausbau spätestens bis zum Stadtgeburtstag 2015 (Ziel 40 %) bestehende Einrichtungen bedarfsgerecht umgebaut und erweitert werden sollen, damit sie zukunftsfähig sind. Dies ist vor allem erforderlich, um einer Segregation entgegenzuwirken. Vorhaben, die bis Ende 2013 fertig gestellt werden, können noch einen Bundesinvestitionszuschuss beantragen. Für Projekte, die erst im Oktober 2012 in die Bedarfsplanung aufgenommen werden, ist dies voraussichtlich nicht mehr möglich.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, die in der Anlage unter Punkt 2. „Neue Planungsprojekte derzeit umsetzbar (Nachrückerliste)“ aufgeführten Projekte in die Bedarfsplanung aufzunehmen:

### **Erweiterungen 2012**

Durch Umwandlung von Plätzen für Kinder ab drei Jahren (Städtische Kita Wolfartsweier) in Plätze für Zweijährige und die vorgezogene Eröffnung von zwei neuen Gruppen in Übergangsräumen (Parzivalzentrum) können 17 neue Plätze geschaffen werden.

Für das Projekt in städtischer Trägerschaft ist eine Erhöhung des Personalschlüssels um 0,4 Fachkraftstellen erforderlich, die von der Ortsverwaltung Wolfartsweier beantragt werden müssen. Im Jahr 2012 stehen für das obige Projekt des freien Trägers unter der Produktgruppe 1.500.36.50 (Plankonto 43000000) Haushaltsmittel zur Verfügung.

### **Erweiterungen 2013**

Fünf Projekte mit 87 neuen Plätzen für Kinder unter drei Jahren und 56 Plätzen für Kinder über drei Jahren.

Die entsprechenden Haushaltsmittel müssen im Rahmen der Planung für den Doppelhaushalt 2013/2014 im Ergebnis- und Finanzhaushalt bereitgestellt werden.

Mit der Erweiterung der Bedarfsplanung werden 104 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren, die ab Mitte 2013 einen Rechtsanspruch haben, geschaffen. Der Gemeinderat wird deshalb nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss um Zustimmung zur Aufnahme der sieben Projekte in die Bedarfsplanung gebeten.

### Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, die weiteren Projekte im Rahmen der „Ergänzungsliste“ in die Bedarfsplanung aufzunehmen und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Fortschreibung des Ausbaustands (Gesamtkapazität bis Ende 2013 voraussichtlich 2.759 Plätze = 36,9 % Bedarfsdeckung) wird zur Kenntnis genommen.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

14. Juni 2012